

Mit Menschenrechten darf man nicht spielen.

Günter Burkhardt

Das Jahr 2009 ist ein Superwahljahr: Mit der Wahl des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, Landtagswahlen in fünf Bundesländern und Kommunalwahlen werden die Weichen neu gestellt – aber geschieht das auch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik? Vier Jahre schwarz-rote Koalition haben in vielen Bereichen zu Rückschritten geführt, gravierende Probleme sind ungelöst. Andererseits gibt es positive Entwicklungen, so beispielsweise den Beschluss der EU-Innenminister, irakische Flüchtlinge aufzunehmen.

Vor Wahlen gehen Politikerinnen und Politiker auf die Bevölkerung zu, stellen sich und ihre Programme vor. Zugleich ist die Bereitschaft höher, sich Fragen anzuhören und sich Gedanken über die Gestaltung der Politik der nächsten Jahre zu machen. Nicht alles, was dann erkannt oder versprochen wird, wird später realisiert. Selten ist jedoch die Zeit so günstig, Themen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken.

»Mit Menschenrechten darf man nicht spielen« ist das Motto, das PRO ASYL für den diesjährigen Tag des Flüchtlings ausgewählt hat. Es ist zugleich der Schirm, unter dem verschiedene Fragen und Probleme thematisiert werden sollen. Men-

schenrechte sind Grundwerte unserer Gesellschaft. Am 10. Dezember 2008 jährte sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum 60. Mal, ein Anlass für allerlei Schönwetterreden. Aber bewähren müssen sich Menschenrechte in der Praxis. Ihre Verwirklichung muss immer wieder aufs Neue erstritten werden.

Im Februar 2009 musste sich die Bundesregierung – wie alle Staaten dieser Welt – dem neuen universellen Überprüfungsverfahren vor dem UN-Menschenrechtsrat stellen und die Lage der Menschenrechte in Deutschland beschreiben. In ihrem Staatenbericht offenbart die Bundesregierung die Überzeugung, Deutschland sei quasi ein Schlaraffen-

PRO ASYL, INTERKULTURELLER RAT UND DGB ZUM WAHLJAHR

Die globale Wirtschaftskrise und ihre Folgen prägen das Wahljahr 2009. Der Interkulturelle Rat, PRO ASYL und der Bereich Migrations- und Antirassismopolitik des DGB-Bundesvorstands erteilen Konzepten, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, eine klare Absage. Wenn Deutschland und die Europäische Union zukunftsfähig sein wollen, muss der rechtliche und administrative Rahmen für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten verändert werden.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf, wurden Wahlprüfsteine entwickelt. Das Positionspapier benennt folgende Prioritäten:



- Punktesystem und Blue-Card einführen;
- Familiennachzug ermöglichen;
- Einbürgerung erleichtern;
- Umfassendes kommunales Wahlrecht garantieren;
- Chancengleichheit im Bildungssystem herstellen;
- Flüchtlinge integrieren;
- Illegalisierten eine Perspektive geben;
- Abschottung verhindern – Flüchtlinge aufnehmen;
- Diskriminierung beseitigen;
- Rassismus bekämpfen.

PRO ASYL, Interkultureller Rat und DGB rufen dazu auf, in den kommenden Monaten Veranstaltungen zu den genannten Themen durchzuführen und die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag um Stellungnahmen zu bitten. Das Positionspapier kann kostenlos bei PRO ASYL angefordert oder unter www.proasyl.de heruntergeladen werden. ■

Das Plakat zum
Tag des Flüchtlings 2009
ist vierfarbig im
Format DIN A3 bei
PRO ASYL erhältlich.

land der Menschenrechte. Es ist an der Zeit, die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien beim Wort zu nehmen und konkrete Realisierungen einzufordern.

BEISPIEL BLEIBERECHT

In der Öffentlichkeit entstand der falsche Eindruck, dass das Problem der langjährig Geduldeten gelöst sei. Die Bundesregierung hob in ihrem Staatenbericht stolz hervor, dass rund 50.000 Menschen einen Aufenthaltstitel erhalten hätten.

Ende 2008 lebten über 100.000 Geduldete in Deutschland, rund 66.000 seit mehr als sechs Jahren. Alte, Kranke, Alleinerziehende hatten von vornherein kaum eine Chance auf ein Bleiberecht. Zwar haben immerhin rund 53.000 Geduldete aufgrund der Altfallregelungen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten – die meisten allerdings nur auf Probe. Können sie ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Erwerbstätigkeit sichern, verlieren sie ihren Aufenthaltsstatus. In der Wirtschaftskrise sind es Migrantinnen und Migranten, vor allem mit prekärem Aufenthaltsstatus, die als Erste ihren Arbeitsplatz verlieren.

Hinzu kommen die regionalen Ungerechtigkeiten. Was kann eine geflohene Familie, die ihren Wohnort nicht selbst aussuchen darf, dafür, dass der Arbeitsmarkt im Süden Deutschlands besser ist als im Norden oder im Osten?

Für die Politik scheint dieses Thema beendet zu sein – für die Betroffenen, für PRO ASYL, die Kirchen und viele Initiativen und Verbände nicht. Direkte Begegnungen mit Betroffenen können Poli-



tikerinnen und Politiker sensibilisieren. Gleichzeitig muss öffentlicher Druck für eine neue und diesmal durchgreifende Bleiberechtsregelung entstehen. PRO ASYL will erreichen, dass die zukünftige Bundesregierung einen neuen Anlauf unternimmt, um das Elend der Ketten-duldungen zu beseitigen. Damit Betroffene nicht zwischenzeitlich abgeschoben werden, muss eine Interimsregelung beschlossen werden.

»Die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehaltenen Rechte gelten in Deutschland für jedermann, und dies nicht nur auf dem Papier, sondern in der alltäglichen Rechtswirklichkeit.«
(Staatenbericht*)

BEISPIEL IRAK

Ungewohnte Unterstützung erhält PRO ASYL für die Forderung nach einer weiteren Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak. Sowohl die Präsidentin des Verbandes der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), als auch der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy, fordern die weitere Aufnahme von Flüchtlingen. Für PRO ASYL ist die von den EU-Innenministern im November 2008 beschlossene Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen ein wichtiger erster Schritt – angesichts der Not der Betroffenen jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Verbänden und Organisationen will erreichen, dass auch Deutschland sich zusätzlich zum individuellen Asylrecht

(nicht als Ersatz!) an einem Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge, in der Fachsprache Resettlement genannt, beteiligt. Hierfür ist es erforderlich, dem Kleinmut der Innenminister ein entschiedenes Bekenntnis der Zivilgesellschaft und der Kommunen entgegenzusetzen. PRO ASYL setzt sich dafür ein, dass sich die von München ausgehende Save-me-Initiative bundesweit ausbreitet. Wir wollen erreichen, dass sich die Stadtparlamente der Sache annehmen und positive Beschlüsse fassen. Wenn viele Kommunen zur Flüchtlingsaufnahme ja sagen, entsteht ein Druck, der dann auch auf Landes- und Bundesebene wirkt.

Dabei sind auch die Widersprüche der deutschen Asylpolitik zu thematisieren. In Deutschland leben rund 80.000 Irakerinnen und Iraker. Davon werden rund 8.000 nur geduldet. Duldung heißt ein Leben in Unsicherheit, immer in der Angst vor der Abschiebung. PRO ASYL fordert, dass die geduldeten irakischen Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

INTEGRATION VON ANFANG AN

In vielen Bundesländern setzt sich die Erkenntnis durch, dass Integration am besten gelingt, wenn Menschen nicht in Gemeinschaftsunterkünften, sondern in Wohnungen leben, Zugang zu Arbeits-

»Nicht nur vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist das uneingeschränkte Bekenntnis zum Schutz politisch Verfolgter ein besonderes Anliegen Deutschlands.« (Staatenbericht*)

möglichkeit haben und von Anfang an integriert werden. Es ist widersprüchlich, wenn solche Schritte bei der Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in einer Vielzahl von Bundesländern gegangen werden – man jedoch gleichzeitig daran festhält, dass Asylsuchende und Flüchtlinge in Lagern untergebracht werden, sich nicht frei bewegen dürfen und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Wer Flüchtlinge dauerhaft in Lagern isoliert, verletzt nicht nur deren Menschenwürde, sondern betreibt eine Politik, die diese Menschen psychisch krank macht, ihnen Entfaltungsmöglichkeiten vorenthält und den Staat zwingt, sie zu alimentieren.

BEISPIEL FAMILIENNACHZUG

Wer nach Deutschland kommt, soll Deutsch können – dies ist die Politik der Regierung. Die Einschränkung des Ehegattennachzugs trifft immer mehr Menschen, die keinen Flüchtlingsstatus erhalten haben, jedoch gleichwohl schutzbedürftig sind. Auch für die Flüchtlinge aus dem Irak, die man angeblich mit offenen Armen aufnimmt, gilt das deutsche Ausländerrecht. Ehegatten, die nicht mitkommen konnten, müssen vor einem Familiennachzug Deutsch lernen, Visaanträge stellen und die Hürden des deutschen Rechtsstaates überspringen. Für viele Flüchtlinge ein unmögliches Unterfangen. Immer mehr zeigt sich, dass die Verschärfung des Ehegattennachzugs nicht nur verfassungswidrig ist, sondern auch in zahlreichen Einzelfällen zu Menschenrechtsverletzungen führt. Ehegatten haben das Recht, als Familie zusammenzuleben – ohne Wenn und Aber.

PREIS DER STIFTUNG PRO ASYL

Flüchtlingen in Deutschland und Europa Schutz und eine humane Lebensperspektive zu ermöglichen, erfordert nachhaltigen Einsatz. Die STIFTUNG PRO ASYL ergänzt seit 2002 die Arbeit des Fördervereins PRO ASYL, indem sie sich insbesondere langfristigen Aufgaben im In- und Ausland widmet.

Im Rahmen dieser Tätigkeiten verleiht die Stiftung PRO ASYL seit 2006 jährlich die PRO ASYL HAND. Mit diesem Preis werden Personen und Organisationen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Flüchtlingen einsetzen. Der Stiftungspreis 2008 wurde an die Athener Rechtsanwältin Marianna Tzeferakou verliehen. Sie wurde ausgezeichnet für ihren leidenschaftlichen, hartnäckigen und kompetenten Einsatz für Schutzsuchende an der europäischen Außen- grenze sowie in griechischen Haftlagern.



**Preisträgerin 2008
Marianna Tzeferakou
mit dem Vorsitzenden
des Stiftungsrates,
Dr. Jürgen Micksch**

Der Stiftungspreis 2009 wird am 5. September 2009 in Frankfurt am Main verliehen. Weitere Informationen zur diesjährigen Preisverleihung sowie alle Informationen dazu, wie man die kontinuierliche Arbeit der STIFTUNG PRO ASYL unterstützen kann, sind auf www.proasyl.de verfügbar.

■ Kontakt: stiftung@proasyl.de, Tel.: 069/24 23 14 13

DIE TOTEN AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

Die PRO ASYL-Kampagne »Stoppt das Sterben« zeigt europaweit Wirkung. Die Europäische Kommission nimmt sich der Flüchtlingssituation in Ländern wie Griechenland an. Neue Vorschläge zur Lockerung des strikten Verteilungsmechanismus (Dublin II-System) werden gemacht. Allerdings gibt es auch hier bereits entschiedenen Widerstand von den reichen Ländern im Zentrum Europas, die froh sind, dass sie das EU-Recht so konstruiert haben, dass die Randstaaten in aller Regel für die Flüchtlingsaufnahme zuständig sind.

Der Druck zur Abschottung, zur Militarisierung der Grenzen schreitet voran. Durch den von der Europäischen Union, vom Europäischen Rat verabschiedeten EU-Pakt zur Migration wird versucht, die an Europa angrenzenden Länder in diese Abschottungspolitik einzubinden. Mehr Geld für Entwicklungspolitik, wenige Zugeständnisse bei der Visaerteilung und eine harte Gangart gegen Flüchtlinge: Dies sind die Kernelemente dieses Paktes.

Die PRO ASYL Kampagne »Stoppt das Sterben« geht auch im Jahr 2009 unverändert weiter. Wir haben erreicht, dass die Menschenrechtsverletzungen an Europas Grenzen, insbesondere während der Einsätze der EU-Agentur FRONTEX, auf die politische Agenda gekommen sind. Das Bewusstsein, dass hier Menschenrechte verletzt werden, ist gewachsen – ein entsprechendes Handeln muss noch folgen.

NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR ETWAS ERREICHEN

Die »Save-me-Kampagne« wird von einem breiten Bündnis aus über 50 Organisationen unterstützt. Gemeinsam mit dem

* Aus: Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, Berlin, 6. November 2008.



Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Interkulturellen Rat hat PRO ASYL Forderungen zur Bundestagswahl entwickelt. Darüber hinaus appelliert PRO ASYL an alle in der Flüchtlingsarbeit Tätigen, sich aktiv einzumischen und Position zu beziehen:

- Zum Internationalen Tag des Flüchtlings am 20. Juni: Hier sollten vor allem die Menschenrechtsverletzungen an EU-Außengrenzen thematisiert werden.
- Während der Interkulturellen Woche und zum Tag des Flüchtlings am 2. Oktober.

In Hunderten von Veranstaltungen muss deutlich werden, dass Fragen von Migration, Flüchtlingsschutz und Integration von herausragender Bedeutung für unsere Gesellschaft sind. Hier geht es sowohl um die elementaren Menschenrechte der

Betroffenen als auch um zentrale Fragen der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Wer weltweit Waren exportiert, wie es dieses Land tut, braucht gute Beziehungen, Vertrauen bei seinen Partnern und glaubwürdiges Auftreten. Es ist peinlich, wenn die Bundesregierung, wie im Februar 2009 vor dem UN-Menschenrechtsrat geschehen, ein Potemkinsches Dorf aufbaut, das schnell als Trugbild entlarvt werden kann. Dem Bekenntnis zu den Menschenrechten muss die Praxis folgen. ■

»In Deutschland stellt das Asylrecht einen individuell einklagbaren Rechtsanspruch mit Verfassungsrang dar. Es geht als Individualrecht über das Asylrecht des Art. 14 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hinaus, das kein subjektives Recht auf Asylgewährung enthält.«

(Staatenbericht*)